

schränkte Vorprüfung manchen Anmelder veranlassen wird, seine Anmeldung auf Grund des entgegengehaltenen Materials fallen zu lassen.

Die als auffällig bezeichnete Beschränkung auf definitiv erteilte Patente (auch dies ist nicht ganz richtig, denn es handelt sich nicht um definitiv erteilte Patente, sondern um Complete Specifications, was, wie oben erwähnt, nicht ganz dasselbe ist) ist nicht so ganz unberechtigt, denn sie ist eingeführt worden, um eine Gleichstellung zwischen den provisorischen Anmeldungen jetzigen Rechts (seit 1884), die, wie erwähnt, vollkommen geheim gehalten werden, und denen früheren Rechts herzustellen, die, auch wenn keine Komplettierung erfolgte, gedruckt wurden. Solche Provisional Specifications, wie sie früher veröffentlicht wurden, können in der Tat in der Regel kaum als eine ausreichende Beschreibung angesehen werden, und ihre Nichtberücksichtigung erscheint verhältnismäßig unbedenklich.

Zusammenfassend glaube ich, in dem neuen englischen Patentgesetz einen sehr zweckmäßigen Weg erblicken zu können, um die so oft widerstreitenden Interessen der Erfinder, derjenigen, die Patente zur Ausübung übernehmen wollen, und der Allgemeinheit auszugleichen, einen Weg, der bei weiterer Ausbildung, insbesondere in der Richtung auf Berücksichtigung der gesamten Literatur, und in Verbindung mit einem zweckmäßig geordneten Einspruchsverfahren, geeignet erscheint, die Systeme des reinen Anmeldeverfahrens und des Vorprüfungsverfahrens miteinander zu versöhnen und schließlich, wenn auch erst in ferner Zukunft, zu einer wenigstens im wesentlichen einheitlichen Patentgesetzgebung in allen Ländern zu führen.

Die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten.

Alle Diskussionen über die Geschäftsaussichten und Handelsbeziehungen des Landes stehen unter dem Banne des drohenden Zollkrieges mit Deutschland und dem von chinesischen Kaufleuten inszenierten Boykott amerikanischer Produkte. — Das Verhältnis zu Deutschland wird natürlich am eingehendsten diskutiert, und von allen Seiten wird die Bedeutung des Geschäfts mit Deutschland hervorgehoben. Das Handelsministerium hat soeben Tabellen veröffentlicht, welche die Wichtigkeit der deutschen Handelsbeziehungen zeigen. Im letzten Geschäftsjahre wurden — im Werte von 1 Mill. Doll. und darüber — 21 Artikel aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten importiert, und 20 Artikel aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland exportiert.

Aus Deutschland wurden hauptsächlich eingeführt: Eisen- und Stahlfabrikate, Seidenwaren, Chemikalien, Baumwollwaren, Porzellansachen, Pelzwaren und Spielzeug. Die Einfuhr aller dieser Artikel hat seit dem Jahre 1894 — also in den letzten 10 Jahren — stark zugenommen. Andererseits sind die Einfuhrwerte von Wollwaren, Glas und Glassachen, Zement und Kaffee, stetig zurückgegangen, und Rübenzucker ist von 11 Mill. Doll. im Jahre 1894 — wo er zollfrei war — auf 50 509

Doll. im Jahre 1904 — wo er besteuert wird — gefallen. Die Ausfuhr nach Deutschland besteht hauptsächlich in Rohbaumwolle, welche ca. die Hälfte des Gesamtexports ausmacht, nämlich im Jahre 1904 109 Mill. Doll. von der Gesamtsumme von 215 Mill. Doll. An Fabrikaten werden nur Kupfer, raffiniertes Petroleum, Eisen- und Stahlwaren, Holzwaren, landwirtschaftliche Geräte und Baumwollwaren im Betrage von über 1 Mill. Doll. nach Deutschland exportiert. Außerdem ist noch Mehl anzuführen, welches jedoch von dem statistischen Bureau als landwirtschaftliches Rohprodukt in Rechnung gestellt wird.

Unter den ausgeführten Rohprodukten sind die folgenden zu nennen: Rohbaumwolle, Fleisch (Rindvieh-, Schweine-), Schweinefett, Schinken, sonstige Nahrungsmittel, Mais, Weizen, Baumwollkörner, Früchte, Nüsse, Düngemittel, Baumwollsaamenöl, Paraffin. Die einzigen Artikel, welche Abnahme in den Exportzahlen zeigen, sind: Alkoholische Produkte (von 4 119 733 Doll. im Jahre 1894 auf 321 957 Doll. im Jahre 1904), Oleomargarine (von 2 857 406 Doll. im Jahre 1894 auf 2 287 231 Doll. im Jahre 1904), Samen (von 1 714 668 Doll. im Jahre 1894 auf 516 877 Doll. im Jahre 1904) und Schinken, Speck und Schweinefleisch (von 1 375 420 Doll. im Jahre 1894 auf 1 295 233 Doll. im Jahre 1904). Die folgenden Tabellen geben weitere Einzelheiten.

Deutschlands Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten.

	1894 Doll.	1904 Doll.
Chemikalien (Drogen und Farbstoffe	7 125 096	16 237 443
Baumwollenwaren	6 658 638	14 156 596
Eisen- u. Stahlfabrikate	1 435 271	6 430 812
Seidenwaren	5 197 867	6 036 476
Pelze u. Pelzwaren	1 475 851	5 150 683
Steingut- u. Porzellanwaren	1 518 607	4 815 848
Spielzeug	1 970 901	4 542 938
Leder u. Lederwaren	3 019 784	4 148 846
Wollwaren	5 123 441	3 396 692
Papier u. Papiersachen	1 576 632	3 191 090
Rohfaser u. -fabrikate	1 619 836	2 914 677
Felle u. Häute	524 801	2 642 329
Düngemittel	788 589	2 454 976
Metalle u. Metallwaren	1 514 744	2 433 243
Spiritus, Wein u. Bier	1 496 432	1 934 521
Glas- u. Glaswaren	1 823 490	1 556 663
Rohgummi	446 829	1 466 803
Zement	1 325 059	1 241 211
Hopfen	401 398	1 105 880
Öle	275 453	1 064 826
Samen	310 440	1 012 405
Musikinstrumente	400 116	954 910
Kaffee	1 521 261	366 214
Zucker unter 16 Holländ. Standard	11 063 898	50 509
Alle anderen Artikel	10 773 471	19 881 963
Summe:	69 387 905	109 188 554

Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland.

Rohbaumwolle	34 675 716	109 123 658
Schweinefett	8 488 653	14 931 540
Kupferbarren	2 501 245	11 324 419

	1894 Doll.	1904 Doll.
Petroleum	3 507 552	9 055 761
Mais	5 339 631	7 157 959
Weizen	1 177 259	5 962 112
Eisen u. Stahlfabrikate .	1 256 602	5 630 570
Holzwaren	2 015 548	4 493 266
Baumwollöl, -kuchen und -samen	2 713 908	4 098 986
Früchte u. Nüsse	138 739	3 639 277
Terpentin u. Harz	998 930	3 261 854
Düngemittel	1 842 522	2 558 370
Ölmargarine	2 857 406	2 287 231
Weizenmehl	1 287 014	2 182 420
Sonstige Nahrungsmittel .	257 533	1 782 469
Landwirtschaftliche Geräte	524 716	1 579 026
Schinken, Speck, Schweine- fleisch	1 375 420	1 295 233
Rindvieh (-fleisch)	1 039 283	1 185 749
Baumwollwaren	293 359	1 074 278
Baumwollsamensöl	967 924	1 062 748
Paraffin	292 236	888 762
Samen	1 714 668	516 877
Spiritus	4 119 733	321 957
Alle anderen Artikel . . .	10 679 511	16 952 622

Summe: 90 065 108 212 367 144

In den letzten 40 Jahren ist die Einfuhr aus Deutschland um 100 Mill. Doll., und die Ausfuhr nach Deutschland um 195 Mill. Doll. gewachsen. Die Einfuhr von Deutschland ist seit dem Jahre 1900 ungefähr dieselbe geblieben, während die Ausfuhr nach Deutschland beständig seit 1893 zugenommen hat.

Die Frage ist nun: Wie werden sich diese bedeutenden Handelsbeziehungen in der Zukunft gestalten? Die Hauptschwierigkeit scheint darin zu liegen, daß der Senat sich weigern dürfte, Handelsverträge gutzuheißen, welche Reduktionen des bestehenden Tarifs zur Grundlage haben. Die Regierung, welche die Ansichten des Senats wohl kennt, wird sich daher jedenfalls nicht erst der Mühe unterziehen, komplizierte Handelsverträge auszuarbeiten, welche nicht Gesetz werden können.

Bei dem Festessen, das zu Ehren des in Washington versammelten internationalen Eisenbahnkongresses abgehalten wurde, hat der Finanzminister Shaw — augenscheinlich im Auftrage der Regierung — bekannt gegeben, wie sich dieselbe in dieser Angelegenheit verhalten dürfte.

Die Ausführungen des Ministers Shaw gipfeln darin, daß er behauptete, die Vereinigten Staaten hätten sich nie über die Höhe der Zölle eines Landes beklagt, ob dieselben für Zwecke des Schutzes oder als Einnahmequelle zur Bestreitung von Regierungsausgaben erhoben worden sind, vorausgesetzt jedoch, daß alle handelstreibenden Nationen gleich behandelt und die Vereinigten Staaten nicht in irgendwelchem Sinne höher belastet werden. Falls aber eine Nation durch spezielle Verträge einer anderen Nation niedrigere Zölle erlaubt, dann werden die Vereinigten Staaten sich dies nicht gefallen lassen, ohne entsprechende Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Die Verwaltung hat die Vereinbarung von Handelsverträgen, die auf dem Prinzip der Reziprozität aufgebaut werden, vollständig aufgegeben, und falls irgend ein Land die Einfuhr von den Vereinigten

Staaten höher belastet, so muß sich dieses Land auf einen Zollkrieg und nicht auf die Erlangung von Reziprozität gefaßt machen.

Diese Ankündigung steht im merkwürdigen Gegensatz zu der letzten großen Rede, die Präsident Mac Kinley einen Tag vor seiner Ermordung in Buffalo gehalten hat, und in der er die folgenden Grundsätze aussprach: „Nur eine aufgeklärte und von großen Gesichtspunkten geleitete Politik wird uns im Besitze unserer Errungenschaften belassen. Ein System, welches einen gegenseitigen Austausch von Handelsartikeln ermöglicht, ist augenscheinlich notwendig, um ein gesundes und fortgesetztes Wachstum unseres Außenhandels zu bewirken. Wir dürfen uns nicht einbilden, daß wir immer alles verkaufen können und nur wenig oder gar nichts zu kaufen brauchen. Falls ein derartiger Zustand möglich wäre, wäre er nicht der beste für uns oder für die, mit denen wir Handel treiben. Wir müssen von einem Kunden jene Produkte kaufen, welche wir gebrauchen, ohne unsere eigenen Industrien zu schädigen oder unsere Arbeiter zu benachteiligen. Reziprozität ist das natürliche Endresultat unserer wunderbaren industriellen Entwicklung, welche unsere heimische Politik jetzt so sicher befestigt hat. Unsere Produktion, welche wir im Lande nicht verkaufen können, muß Abnehmer im Auslande finden, und wir sollten überall verkaufen, wo wir nur können, und überall kaufen, wenn wir dadurch unsere Verkäufe und unsere Produktion wieder vergrößern können, wodurch wieder unsere Arbeiter weitere Beschäftigung finden würden.“

Die Periode der Exklusivität ist vorüber. Die Ausdehnung unseres Handels und der Industrie ist jetzt das alles beherrschende Problem. Handelskriege sind nicht gewinnbringend. Eine Politik der weisen Mäßigung und freundschaftliche Handelsbeziehungen werden Zwangsmaßregeln verhüten. Reziprozitätsverträge sind in Harmonie mit dem Geiste der Zeit — Zwangsmaßregeln nicht! Wenn z. B. einige unserer Tarifsätze nicht mehr lange als Schutzzölle oder Einnahmequelle nötig sind, warum sollten sie nicht verwendet werden, um mittels ihrer Abschaffung oder Ermäßigung unseren Ausfuhrhandel zu vergrößern?“

Dieser Teil der Mac Kinleyschen Rede spiegelt nur wieder, was durch den Dingley-Tarif zum Gesetz des Landes wurde. In diesem Tarif wurde ausdrücklich die Abfassung von Reziprozitätsverträgen vorgesehen, und einige Zollsätze wurden absichtlich zu hoch gewählt, um als Basis für Unterhandlungen zu dienen.

Während die jetzige Regierung auf diese Weise sich in schroffen Gegensatz zur Politik Mac Kinleys stellt und sich zur Politik der ausgesprochensten Schutzzöllner bekennt, hat sie andererseits den Hochzollfanatikern einen empfindlichen Schlag ins Gesicht versetzt, und zwar in der folgenden Weise:

Die Panamakanalzone ist, wie bekannt, zum Freihandelsgebiet erklärt worden, soweit es sich um Materialien handelt, welche zum Kanalbau Verwendung finden sollten. Nun hatten sich schon alle Trust- und Verkaufssyndikate darauf vorbereitet, bei etwaigen Lieferungen sich keine Kon-

kurrenz zu machen und möglichst hohe Preise zu fordern. So soll sich der Stahltrust schon vorgenommen haben, der Kanalkommission volle Preise für Schienen usw. abzuverlangen. Dies soll den Präsidenten bestimmt haben, die Lieferungen den Werken aller Länder zugänglich zu machen, und dort zu kaufen, wo man die Materialien am billigsten erstehen kann. Die „Tribune“, das hauptsächlichste Regierungsorgan in Neu-York, bringt folgende Illustration, um das Vorgehen des Präsidenten zu rechtfertigen: Letzten Herbst vor der Wahl verkauften englische Stahlwerke Schienen zum Preise von 22,16 Doll. per Tonne; dieselbe Sorte Schienen brachte in den Vereinigten Staaten 28 Doll., welcher Preis vom Verkaufssyndikat festgesetzt und aufrecht erhalten wurde.

Da der Verbrauch an Schienen in den Vereinigten Staaten etwas nachließ, wurden diese amerikanischen Schienen in Liverpool und Cardiff zum Preise von 22 Doll. angeboten. Wenn man bedenkt, daß der Stahltrust von den Pittsburger Werken nach dem Hafen eine Eisenbahnfracht von 2,20 Doll. pro Tonne zahlen muß und 6 Doll. Seefracht, so ergibt sich, daß er für dieselben Schienen, welche er in den Vereinigten Staaten für 28 Doll. pro Tonne verkaufte, nur 13,80 Doll. bekommt.

Die Kanalkommission sucht nun von diesen billigen Exportpreisen Vorteil zu ziehen und möchte nicht die Materialien zu heimischen Preisen kaufen. Am nötigsten werden augenblicklich 2 Dampfer gebraucht. Dieselben können im Auslande sofort für 750 000 Doll. erstanden werden, um sie in Amerika zu erwerben, müßte die Kommission 1½ Jahr bis zur Fertigstellung warten und gerade die doppelte Summe für die Schiffe bezahlen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Boote in England gekauft werden.

Das Vorgehen des Präsidenten in dieser Angelegenheit wird von einem Teile der republikanischen Partei als geradezu verhängnisvoll für ihr Programm angesehen und als einer der schwersten Schläge, welche jemals der amerikanischen Industrie versetzt worden sind. Nicht nur werden Millionen von Dollars dem Handel der Vereinigten Staaten beim Bau des Kanals verloren gehen, sondern auch der Außenhandel Amerikas wird stark leiden, weil es den fremden Nationen klar vor die Augen geführt wird, daß Produkte billiger im Inlande gekauft werden können, als in Amerika.

Andererseits glaubt man, daß die großen Massen der republikanischen Partei das Vorgehen des Präsidenten vollständig billigen und das Prinzip aufrecht erhalten werden, daß die Regierung das Recht hat, dort zu kaufen, wo sie am billigsten kaufen kann. Die Demokraten machen nun geltend, daß dieses Prinzip vollständig richtig ist, nur sollte es sich nicht auf Einkäufe der Regierung beschränken, sondern jedermann in den Vereinigten Staaten sollte dieses Recht besitzen. Vor allen Dingen aber sollten jene Artikel durch Schutzzölle nicht noch verteuert werden, welche man in den Vereinigten Staaten so billig herstellen kann, daß man dieselben noch mit Profit zu Preisen verkaufen könnte, zu welchen dieselben vom Auslande nicht eingeführt werden könnten.

Während auf diese Weise die bestehende Schutzzollpolitik den amerikanischen Handel zu bedrohen scheint, hat sich plötzlich noch eine andere Gefahr für den Außenhandel der Vereinigten Staaten gezeigt.

Wie vielleicht nicht allgemein bekannt, besteht ein Vertrag zwischen China und den Vereinigten Staaten, demgemäß die Einwanderung chinesischer Arbeiter nach dem Ermessen der amerikanischen Regierung geregelt werden und, wenn nötig, vollständig verhindert werden kann. Andererseits müssen chinesische Gelehrte, Künstler, Studenten, Vergnügungsreisende usw. ohne weiteres zugelassen werden. Bei der Auslegung dieser Vertragsbestimmungen haben sich nun die Einwanderungsbehörden großer Willkür befleißigt und häufig gebildeten Chinesen den Aufenthalt im Lande verweigert. Andererseits haben gewöhnliche Kulis unter der Angabe, Studenten zu sein, Eingang ins Land gefunden. Die chinesische Regierung hat natürlich diesen Ausschluß seiner Bürger immer als eine Beleidigung angesehen, und namentlich der letzte chinesische Gesandte Wu-tin-fang hat in Wort und Schrift gegen den Vertrag geeifert. Nun soll dieser Herr bei seiner Rückkehr nach China einen regelrechten Boykott amerikanischer Waren veranstaltet und dazu die Mitwirkung der bedeutendsten Kaufleute Chinas erlangt haben. Falls der Boykott erfolgreich ist, würde namentlich die amerikanische Baumwollindustrie, die Müllereibetriebe und die Petroleumindustrie zu leiden haben, da in der Ausfuhr von Artikeln, welche von diesen Betrieben hergestellt werden, die Vereinigten Staaten kürzlich große Fortschritte gemacht haben.

Die Regierung befindet sich auch hier in einem Dilemma. Das amerikanische Volk ist absolut gegen die Zulassung der chinesischen Arbeiter, welche keine Bedürfnisse haben und für sehr geringen Lohn zu arbeiten gewillt sind. Andererseits möchten die amerikanischen Fabrikanten sich gern den chinesischen Markt erobern, ein Ziel, das durch den Boykott in weite Ferne gerückt zu sein scheint.

G. O.

Ein Wort zur Rechtfertigung der in dem Buche Bedürfnisse und Fortschritte des Menschengeschlechts vertretenen Auffassungen.

VON DR. C. BECKENHAUPT.

(Eingeg. d. 17./4. 1905.)

Nachdem Herr Kubierschky die Berichterstattung in Heft 9 zum Anlaß nahm, seine Verurteilung meines Buches zu verschärfen, gestatte ich mir, die verehrliche Redaktion zu bitten, mir gütigst zu gestatten, die Ansichten, die ich in demselben vertreten, richtig zu stellen.

Für mich ist der Stoff nicht das willenlose Spiel einer für sich bestehenden Bewegung besonderer anderer Kräfte als Lebenskraft, psychische Kraft, sondern ein aktiver Körper. Von atomistisch-mechanischen Gesichtspunkten aus kann der Stoß ebensogut von Urkörperchen herrührend gedacht werden, als man letztere nur als Medien der Be-